Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 386. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Mittwoch, den 20. August 1862.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 19. Aug. Mit dem Dampfer „Edinburg" eingetroffene Berichte aus New-York vom 7. d. melden, daß der bei dem kriegerischen Banket in Washington anwesende Präsident Lincoln mit Enthusiasmus empfangen worden ist. Nach Berichten aus Memphis haben 4000 Unionisten die Conföderirten in einem Treffen geschlagen. 500 Kaufleute aus Breton haben sich verpflichtet, ihre Gehilfen nach dem Kriege wieder anzustellen, wenn sie in die Armee eintreten.

Pesth, 18. Aug. Das anläßlich des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers als Vorfeier gestern veranstaltete Festtheater war zahlreich besucht und wurde die Volkshymne wiederholt. Um 9 Uhr Abends fand ein großer Zapfenstreich, von sieben Musikbanden ausgeführt, statt, welcher sich von Pesth nach Ofen begab. Heute wurde in der Festung ein feierliches Tedeum unter Anwesenheit des Statthalters, der Beamten und der Generalität abgehalten; auf der Generalswiese fand die Feldmesse der Garnison statt, unter großem Andrange der Bevölkerung. In der pesther Stadtpfarre fand ein feierliches Tedeum statt, welchem die Mitglieder der Septemviral-Tafel, der königlichen Curie und der Gemeinderath beiwohnten. Heute Nachmittags Diner beim Statthalter, zu welchem sämmtliche Notabilitäten geladen sind; Abends Festvorstellung im National-Theater und ofener Volkstheater.

Preußen.

Berlin, 19. Aug. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Polizei-Lieutenant, Hauptmann Seyfried zu Berlin, dem Polizei-Secretär a. D., Kanzleirath Andrae zu Breslau und dem evangelischen Pfarrer Gessert zu Schwelm im Kreise Hagen den rothen Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Schullehrer Scherch zu Burkersdorf im Kreise Hoyerswerda, dem Schullehrer und Küster Ulrich zu Niederholzhausen im Kreise Eckartsberga und dem Schuhmacher Johann Schmidt zu Koblenz das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Staatsanwalts-Gehilfen Hoppe zu Schweidnitz zum Staatsanwalt in Strehlen zu ernennen.

Der bisherige Kreisrichter Wehmeyer in Wiedenbrück ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Warendorf und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Münster mit Anweisung seines Wohnsitzes in Oelde ernannt worden. — Der bisherige Gerichts-Assessor Hertz in Coesfeld ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Coesfeld und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Münster mit Anweisung seines Wohnsitzes in Haltern ernannt worden.

(St.-Anz.)

Berlin, 19. August. [Vom Hofe.] Des Königs Maj. beehrte gestern Abends die Vorstellung im königl. Schauspielhause mit Allerhöchstseinem Besuche und fuhr darauf nach Schloß Babelsberg. — Aus Karlsruhe, 16. Aug., wird der „Sternztg." mitgetheilt, daß Ihre Maj. die Königin die Glückwünsche zu der Geburt Ihres Enkels huldreich entgegengenommen hat. Allerhöchstdieselbe beabsichtigt, da die Reise nach Potsdam zur Pflege J. k. H. der Kronprinzessin durch die inzwischen eingetroffene Nachricht des so glücklichen Familienereignisses gegenwärtig nicht mehr erforderlich ist, nach Ablauf des zehnten Tages nach der Entbindung Ihrer königl. Hoh. der Großherzogin sich nach Baden zu begeben, um daselbst in der Nähe Ihrer Tochter zu verweilen und die im Frühsommer unterbrochene Kur fortzusetzen. J. M. wird bis zur Genesung J. k. H. der Großherzogin öftere Besuche in Karlsruhe abstatten.

Berlin, 19. Aug. [Erklärungen gegen den Handelsvertrag.] In den letzten Tagen der abgelaufenen Woche ist nunmehr auch die Erklärung Hannovers auf die Propositionen wegen eines Handelsvertrages mit Frankreich hier eingegangen. Die hannoversche Regierung lehnt nach der „B. B. Z." den Beitritt zu dem Vertrage in Uebereinstimmung mit den Regierungen von Baiern und Würtemberg ab. — Die würtembergische Regierung hat ihre Erklärung über den Beitritt zum Handelsvertrage mit Frankreich in einer vom 11. d. M. datirten Note überreichen lassen. Frhr. v. Hügel lehnt darin bekanntlich den Vertrag ab, nach reiflicher Prüfung und nach Vernehmung der zur Vertretung der landwirthschaftlichen und industriellen Interessen des Landes berufenen Organe, so wie weil der Vertrag die Wünsche der Regierung mehrfach nicht erfüllt, in wesentlichen Punkten das Maaß der Einräumungen überschritten habe. Es sei erfreulich, heißt es dann in der Depesche weiter, daß Preußen die Beseitigung der Weinübergangs-Steuer zugesagt habe, allein das Gewichtszollsystem könne man nicht einräumen. Frankreich habe keine genügende Concessionen gemacht und die Autonomie des Zollvereins sei auf zu lange Zeit gebunden. Besondere Bedenken habe der Artikel 31 hervorgerufen, dessen erster Satz sich mit dem Handelsvertrage mit Oesterreich und mit wichtigen handelspolitischen Grundsätzen des Zollvereins nicht vereinigen lasse. Offenbar habe die preußische Regierung angenommen, der neue Tarif entspreche dem Interesse des Zollvereins und seiner Angehörigen. Deshalb müsse die würtembergische wünschen, daß die der Regel nach ohnehin demnächst bevorstehenden Berathungen über etwaige theilweise Aenderungen des Zollvereinstarifs bald beginnen und daß dabei auf den Grund umfassender Erhebungen die einzelnen Zollsätze zum Gegenstande eingehender Erörterung gemacht werden müssen. Sämmtliche Zollvereins-Regierungen wären in Folge der Ablehnung des Handelsvertrages ihrer darauf bezüglichen Verpflichtungen erledigt, Oesterreich habe dagegen durch den Vertrag von 1853 Rechte erworben, deren Erfüllung seine jüngsten Anträge bezweckten. Würtemberg erachtet es demnach für geboten, daß Oesterreich eine Mitwirkung bei jenen Berathungen eingeräumt und dasselbe in die Lage versetzt werde, seine Wünsche und Interessen in geeigneter Weise dabei geltend zu machen. Von einem solchen Verfahren dürfte die Kräftigung des Zollvereins und die Herstellung eines allseitigen befriedigenden Verhältnisses sich erwarten lassen.

K. C. **Berlin,** 19. Aug. [Debatte über den Militäretat.] In der heutigen Sitzung der Budgetcommission übergab Abg. Duncker dem Regier.-Commissar zu seiner und seines Chefs Information den Wortlaut des Erlasses, durch welchen dem Landwehr-Lieut. Schmohl die Theilnahme an einem Turnverein untersagt ist.

Abg. Klotz beantragte, die Regierung zur Vorlegung eines Kostenanschlags für die ganze Reorganisation bei vollständiger Durchführung des Reorganisationsplanes aufzufordern; man müsse, bei den gesteigerten Ausgaben für Marine und Heer, genau vorher übersehen können, wie die Pläne der Regierung zu den Finanzkräften des Landes ständen; für viele Abgeordnete würde das bei ihrer Entscheidung in der Militärfrage maßgebend sein.

Geh. Rath Sixtus: Zwar lägen wesentliche Bedenken gegen den Antrag nicht vor, da ja bereits im Jahre 1860 die Anschläge vorgelegt seien, doch müsse er sich vorbehalten, die Instructionen seines Chefs einzuholen.

Oberst v. Bose gab detaillirte Auskunft, wonach die Zahl der Abiturienten für die Offizier-Carriere seit einigen Jahren im Steigen begriffen ist; im Jahre 1859 war die Zahl besonders groß; nach einer weiteren Zusammenstellung sind in den Cadettenhäusern etwas über ein Drittel Bürgerliche; endlich übergab derselbe dem Abg. Virchow eine genauere Nachweisung über die Mortalität in der Armee; dieselbe wird in dem Commissions-Berichte abgedruckt werden.

Bei weiterer Berathung des Militär-Etats wurde zunächst Beschluß gefaßt über die neulich — wegen einer Rechnungs-Differenz zwischen dem Ref. v. Vaerst und dem Reg.-Commissar — ausgesetzten Positionen für die Kasernen- und Garnisonsgebäude; es stellte sich dabei heraus, daß nach den bisher vorliegenden Erläuterungen der Regierung die Vaerst'sche Rechnung auch hier richtig war; nach den genaueren neuesten Erläuterungen ändern sich die Positionen etwas zu Gunsten der Reorganisationskosten: Letztere betragen 155,975 Thlr. und wurden gestrichen; die laufende Verwaltung erhielt 1,111,335 Thlr. zugebilligt.

Bei Fortsetzung der Berathung des Titels für das Militär-Erziehungs-Wesen beantragte Abg. Virchow größere Specialisirung, so daß getrennt würden: Cadettenhäuser, Kriegsschule, Central-Turnanstalt. Geh. Rath Sixtus: Die Regierung habe in der Specialisirung das Möglichste gethan, aber es gebe eine Grenze; wohin solle das führen? Man werde dahin kommen, für jedes Regiment zu specialisiren; die Regierung werde dadurch zum „Wirthschafts-Inspector" gegenüber dem „Grundherrn"; das sei der Regierung nicht würdig. Abg. Stavenhagen: Ihm liege zwar nicht — viel an dieser Specialisirung, sie sei nicht der Mühe werth; aber die Verwahrung des Regierungs-Commissars verstehe er nicht; unzweckmäßig beschränkt werde die Verwaltung dadurch doch nicht; zu seinem principiellen Einspruch, wie ihn der Commissar erhoben, liege kein Anlaß vor; die Würde der Staatsregierung zu verletzen, daran denke Niemand. Geh. Rath Sixtus: Er habe seinerseits Niemanden verletzen, nur das Recht der Verwaltung wahren wollen. Geh. Rath Moelle: Ein großes Gewicht sei allerdings auf die gewünschte Specialisirung nicht zu legen; aber es sei doch im Militäretat schon nach Möglichkeit specialisirt; in England übertrügen sich alle Positionen des Militäretats gegenseitig; in Oesterreich seien die 100 Mill. für das Militär nur in fünf Titel zerlegt; die Sache, um die es sich hier handle, sei doch gar zu unbedeutend.

Abg. Osterrath: Dieselben Gründe, welche Geh. Rath Sixtus vorbringe, seien auch gegen den Hagen'schen Antrag vorgebracht, und als das Haus wieder zusammengetreten, sei der Hagen'sche Antrag ausgeführt gewesen; doch sei er gegen die hier beantragte Specialisirung; bei solchen Details werde gründlich geholfen nur durch das Oberrechnungskammer-Gesetz. Auch Abg. v. Kirchmann wollte auf die vorgeschlagene Specialisirung kein Gewicht legen; im Prinzip freilich müsse man weiter gehen als bisher; man sei erst im Anfang; für jedes Regiment zu specialisiren, würde gar nicht so schlimm sein.

Abg. v. Hoverbeck: Durch die Erklärung des Reg.-Commissar werde die Sache eine Principienfrage; erst jetzt, bei dem unnahbaren Militär-Etat, erhebe die Regierung Protest gegen weitere Specialisirung, bestreite der Landesvertretung das Recht dazu; es frage sich eben darum, daß die Commission für die Kadettenhäuser nicht mehr verausgabt wissen wolle, als im Etat ausdrücklich ausgeworfen sei, und daß nicht Ausgaben aus andern Titeln auf die Kadettenhäuser übertragen würden; wenn Vertrauen gefordert werde, so müsse das verdient werden.

Geh. Rath Sixtus: Er habe nicht das Recht des Hauses bestritten; dagegen sei er wohl berechtigt, das Recht der gleichberechtigten Regierung geltend zu machen. — Abg. Stavenhagen: Der principielle Einwand des Reg.-Commissars sei nicht haltbar; aber um dieses Widerspruchs willen eine an sich unzweckmäßige Specialisirung zu machen, empfehle sich doch nicht. — Geh. Rath Moelle: Wenn man bald hier, bald da specialisire, so müsse immer das Rechnungswesen geändert werden; man möge die Sache der Regierung zur Erwägung geben; dann werde geschehen, was sich thun lasse; denn so viel er sehe, lasse sich etwas Besonderes im vorliegenden Falle nicht einwenden. — Abg. Virchow erklärte sich einverstanden, den Antrag der Regierung „zur Erwägung" zu stellen. — Abg. Hagen machte geltend, die Budgetcommission sei in Sachen der Specialisirung von einer Bescheidenheit, welche wohl Anerkennung von Seiten der Regierung verdiene; bei Gelegenheit seines Antrages habe Herr v. Patow gemeint, der Etat würde zu einem Riesenbande anschwellen, — und nun, wie klein sei noch immer der Etat! — In der modificirten Fassung (die Sache der Regierung „zur Erwägung" zu stellen) wurde der Virchow'sche Antrag mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen.

Ohne besondere Discussion wurden dann die einzelnen Positionen dieses Titels, so weit sie Reorganisationskosten enthalten, abgesetzt, zum Theil einstimmig, zum Theil gegen 5, 4 und 3 Stimmen; der ganze Betrag ist 19,086 Thaler.

Es folgte die Berathung über das Ordinarium der Cadettenhäuser. Dabei stellte sich heraus, daß der Specialetat eigentlich eine Fiction sei, indem, z. B. bei dem berliner Cadettencorps, 324 Cadetten in Einnahme und Ausgabe im Etat veranschlagt sind, während in Wirklichkeit über 500 Cadetten vorhanden sind. Die Regierung gab zu, daß es nicht „correct" sei; das rectificire sich aber nachher bei der Rechnung durch Balanciren; für 1864 soll ein anderer Etat aufgestellt werden. Abg. Klotz bemerkte dabei, auf diese Weise würden die Cadettenhäuser gegen den Wunsch der Landesvertretung erweitert, ohne daß es aus dem Etat ersichtlich sei. Abg. Techow führte aus und belegte mit Zahlen, daß die Kosten für die Erziehung der Cadetten sehr viel, an einzelnen Anstalten doppelt so hoch seien, als in Civilalumnaten. — An den Positionen wurde nichts geändert. — Auf dem Extraordinarium stehen 5000 Thlr. „zur Errichtung einer Kriegsschule in Engers", weil — wie der Reg.-Commissar ausführte — die Kriegsschulen in Erfurt, Neisse und Potsdam nicht mehr ausreichen. Referent beantragte Streichung, weil diese Position durch die Reorganisation veranlaßt sei. Abg. Stavenhagen: Der Bedarf der Armee seien jährlich 450 Offiziere, davon kämen 150 auf die Artillerie- und Ingenieurschule; zur Ausbildung der übrigen 300 genügten die bisherigen drei Kriegsschulen. Oberst v. Bose: Nicht ganz 300 könnten sich auf den drei alten Kriegsschulen ausbilden; im vorigen Herbst hätten gegen 25 Aspiranten nicht aufgenommen werden können; der erste Coetus der Artillerie- und Ingenieurschule solle eingehen, damit die einzelnen Waffengattungen sich nicht isoliren, eine Erweiterung der bisherigen Kriegsschulen sei baulich nicht möglich.

Abg. Stavenhagen: Man kann ja einige Aspiranten in Privathäusern wohnen lassen und brauche nicht gleich neue Etablissements zu gründen, wenn mal einige Aspiranten nicht Aufnahme fänden; überhaupt aber würde in einem Etat, der den Finanzkräften des Landes entspräche, die Zahl der untern Offiziere vermindert werden müssen. Abg. Schubert für eventuelle Vergrößerung der bestehenden Anstalten, gegen Vermehrung der kleineren, aus Rücksicht auf die Lehrkräfte. — Die 5000 Thlr. wurden gestrichen.

Zur Erweiterung der Central-Turnanstalt sind im Extraordinarium 9000 Thaler mehr verlangt; der Referent erklärte dieselben nicht streichen zu wollen, da die Erweiterung auch ohne die Reorganisation nöthig sei. Der Vertreter des Kriegsministeriums erklärte die Vergrößerung der Säle der Anstalt für dringend nöthig, was Abg. Techow aus persönlicher Anschauung bestätigte. Abg. Klotz wollte durch Absetzung der verlangten Summe die schon neulich im Hause angeregte Frage über das Turnsystem zur Erledigung bringen. Abg. Techow meinte, für die Armee werde man dadurch doch keine Aenderung des Systems erreichen.

Abg. Stavenhagen: Schwedisches Turnen sei immer noch besser als gar kein Turnen, durch Streichung der Summe werde man nur dahin kommen, daß das Turnen ganz abgeschafft würde. — Die Bewilligung der 9000 Thlr. im Extraordinarium erfolgte mit 18 Stimmen. — Endlich wurde die Gesammtsumme des Extraordinariums der Organisationskosten — darunter die schon neulich speziell angeführten Posten für Verpflegung und Bekleidung der Truppen und für die Feldequipage der vierten Compagnien bei den Pionnier-Bataillonen — mit 222,262 Thlr. abgesetzt, und zwar mit allen gegen 4 Stimmen (Borsche, Schubert, Stavenhagen, Twesten).

Die nächste Sitzung findet heute Abend statt.

[Petitionsbericht.] Eine Petition geht auf Beschränkung der Militär-Gerichtsbarkeit auf rein militärische Vergehen ein. Die Petition ist mit den bekannten, vielfach besprochenen Gründen motivirt. Die Comm. ist einstimmig der Ansicht, „daß 1. die Beibehaltung der Militärgrrichtsbarkeit in ihrer jetzigen Ausdehnung mit einer großen Anzahl gesetzlicher und Verfassungs-Bestimmungen sich nicht vereinigen lasse und daß die Regierung aus Art. 37 der Verfassung die Verpflichtung habe, ein Gesetz über anderweite Regelung der Militärgerichtsbarkeit einzubringen. 2. es weder nützlich noch zweckmäßig sei für das Gesammtwohl des Staates, die Militärgerichtsbarkeit beizubehalten, ihre Beschränkung auf rein militärische Vergehen vielmehr dringend geboten sei." Ad 1 ist ausgeführt, bei den Militärgerichten fehle die in der Verf. vorgesehene Unabhängigkeit der Richter, da dieselben „ohne irgend eine Befähigung nachgewiesen zu haben, für jeden einzelnen Fall von den militärischen Obern ernannt würden, und ein Urtheil ohne Bestätigung der militärischen Obern oder des Königs keine Geltung habe," ferner fehle die Oeffentlichkeit der Verhandlungen, und von einem obersten Gerichtshofe, von Geschworenen wisse die Militär-Strafprozeß-Ordnung auch nichts. Ad 2 ist daran erinnert, schon Friedrich Wilhelm III. habe in der Kabinets-Ordre vom 21. Januar 1808 anerkannt, daß die Militärgerichtsbarkeit sich mit der allgemeinen Dienstpflicht nicht vertrage, und eben dahin sei das bekannte Gutachten des Kanzlers v. Schrötter gegangen. Der Vertreter des Justizministers hat erklärt: „der Justizminister habe bei Gelegenheit der Interpellation des Abg. Simon seinen Standpunkt, den er noch jetzt festhalte, ausführlich erörtert, es bedürfe daher eines Eingehens auf die Sache nicht weiter."

Der Commissar des Kriegsministers hat ebenfalls auf die bei Gelegenheit dieser Interpellation stattgehabten Erörterungen des Kriegsministers hingewiesen, welche sehr ernstlich erwogen seien, und außerdem angeführt, daß die Staatsregierung die Aufrechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit in ihrer ganzen Ausdehnung im Interesse der militärischen Disciplin für dringend geboten erachte; auch würde die Aufhebung des Militärgerichtsstandes für nicht militärische Vergehen „praktisch auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen." In letzterer Beziehung ist dagegen seitens der Commission auf den im vorigen Winter eingebrachten Mellienschen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit hingewiesen, welcher „die Grenzen der Competenz mit großer Schärfe" bezeichne. Endlich ist noch hervorgehoben, daß sich die Miltärgerichtsbarkeit mit der allgemeinen Wehrpflicht gewiß nicht vertrage: „jeder Preuße müsse Soldat sein, das Heer wurzle einzig und allein im Volke, nur durch ein Volksheer könne der preußische Staat überhaupt seine Stellung wahren, und es sei durchaus kein haltbarer Grund vorhanden, auch jetzt noch den Militärgerichtsstand uneingeschränkt bestehen zu lassen; die Beschränkung desselben sei das beste und wahrscheinlich das einzige Mittel, die so häufig vorkommenden Differenzen zwischen Soldat und Bürger zu beseitigen." Die Commission empfiehlt einstimmig Ueberweisung zur Berücksichtigung.

In dem fünften Berichte der Petitions-Commission ist zunächst eine Beschwerde besprochen, welche wiederum die letzte Wahlbewegung betrifft. Der Präsident des bromberger Appellationsgerichts, v. Schroetter, hat den bekannten Wahlerlaß des Justizministers mit einem eigenen Erlasse begleitet, worin er von einer Partei spricht, „deren Tendenz auf die Schwächung der königlichen Gewalt gerichtet ist," zur Wahl eines solchen Abgeordneten dürfe ein „pflichtgetreuer Beamter" nicht beitragen. Der Kreisrichter Kienitz zu Bromberg hat bei Vorzeigung dieses Erlasses seiner Namensunterschrift die Bemerkung beigefügt: „ich halte es für meine Schuldigkeit, meine politischen Rechte nach eigener Ueberzeugung zu üben; die beiliegende Weisung und Belehrung muß ich daher als unberechtigt ablehnen."

Präs. v. Schrötter hat darauf eine Disziplinar-Mahnung erlassen, die mit den Worten anfängt: „Sie haben sich erlaubt", und dann ferner die Aeußerung des Kreisrichter Kienitz: eine „Ablehnung in unziemlicher Weise" nennt. K. hat dagegen remonstrirt, weil nach § 3 des Ges. vom 7. Mai 1851 vor Erlaß einer Disziplinar-Mahnung die Erklärung des Betheiligten erfordert werden muß. Präs. Schrötter hat das zurückgewiesen, indem er zwar zugiebt, daß das Gesetz dies vorschreibe, aber zugleich erklärt, die Aeußerung des K. sei so unzweideutig gewesen, daß „die Einforderung einer neuen Erklärung sich auf eine leere Form reducirt haben würde". Darauf hat sich K. beim Justizminister beschwert, indem er zunächst gegen die Beeinträchtigung seiner Wahlfreiheit sich verwahrt, und aus dem angegebenen Rechtsgrunde um Aufhebung der Schrötterschen Präsidial-Verfügung bittet. Der Justizminister hat sich auf diese Beschwerde nicht eingelassen, sondern dem Petenten eröffnet, „daß eine Beschwerde über eine auf Grund des § 13 des Gesetzes vom 7. Mai 1851 (betreffend die Dienstvergehen der Richter) von dem ersten Präsidenten des königl. Appell.-Gerichtes erlassene Mahnung nicht stattfindet". Petent beschwert sich nun beim Hause der Abgeordneten über das ganze gegen ihn beobachtete Verfahren. Die Commission erachtet die Petition für begründet sowohl in Bezug 1. auf die Beeinträchtigung der Wahlfreiheit, als 2. in Bezug auf die Disciplinarmahnung, als 3. in Bezug auf die Unterlassung der für eine solche Mahnung gesetzlich vorgeschriebenen Formen.

Der erste Punkt betrifft die allgemeine Wahlfreiheit und besonders die Wahlfreiheit der richterlichen Beamten, eine Frage, welche die Commission von dem bekannten Standpunkte der großen Mehrheit des Hauses aus eingehend bespricht; der Regierungs-Commissar hat sich blos an die Frage gehalten, daß in dieser Beziehung der Instanzenzug nicht erschöpft sei, in dem Petent in seiner Beschwerde an den Justizminister nicht den Schrötterschen Erlaß in wörtlicher Abschrift beigefügt habe; die Commission findet indeß, der Inhalt der Beschwerde des K. hätte dem Justizminister Anlaß genug geboten, gegen den Schrötterschen Erlaß einzuschreiten. Bei dem zweiten Punkte verneint die Commission zunächst die Frage, ob dem K. die Disciplinarmahnung mit Recht ertheilt sei, denn der Kreisrichter K. sei weder zum Gehorsam gegen den Schrötterschen Wahlerlaß verpflichtet gewesen, noch habe er die Achtung und Ehrerbietung gegen seinen Vorgesetzten verletzt — und ferner ist sie gegen den Regierungs-Commissar der Ansicht, daß der Justizminister wohl competent sei, die Zurücknahme von Disciplinarmahnungen zu verfügen, — hierbei handelt es sich um eine Auslegung des Gesetzes vom 7. Mai 1851, um eine rein juridische Frage.

Was den dritten Punkt betrifft, die nicht eingeholte Erklärung des K., so scheint die vom Präsidenten Schrötter bewiesene „Mißachtung des Gesetzes" der Commission „äußerst bedenklich." Der Bericht sagt wörtlich: „Wohin soll es führen, wenn es dem Richter gestattet wäre, die Formen der Rechtsfindung aus dem Grunde zu ignoriren, weil er sie für leere Formalitäten hält?! Gerade weil auch der Richter dem Irrthume unterworfen ist, gerade deswegen erscheint die gesetzliche Form der Rechtsfindung als die Grundlage der Gerechtigkeitspflege. Daß der Präsident v. Schrötter die gesetzliche Form absichtlich außer Acht gelassen, ist an sich schon etwas ganz Unerhörtes, zumal in einem Verfahren, welches mehr oder weniger die Freiheit und Ehre eines Richters betraf. Daß aber Herr v. S. sich nicht scheute, dem remonstrirenden Petenten noch ausdrücklich vorzuhalten, er habe das Gesetz als eine leere Formalität unbeachtet gelassen, das läßt seine Auffassung von Gesetz und Recht in einem Lichte erscheinen, welches eben nicht geeignet sein dürfte, in der Provinz, in welcher er als Chef eines Appellations-Gerichts fungirt, den übrigen Richtern und den Gerichts-Eingesessenen das Vertrauen zur Justizpflege und den eigenen Sinn für Gesetz und Recht zu kräftigen. Wenn der Justizminister von jenem Standpunkte des Präsidenten v. S. amtliche Kenntniß erhalte, und das geschehe durch Ueberweisung der Petition, dann werde er, so erwartet die Commission, „mit Zuversicht", „einer solchen Willkür mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln entgegentreten." Einstimmig beantragt die Commission „Ueberweisung der Petition zur Abhilfe."

[Antrag in Betreff des Zollvereins.] Der Abg. v. Sybel beabsichtigt folgenden Antrag einzubringen: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: es sei sowohl durch das preußische als durch das allgemeine deutsche Interesse geboten, daß jede Unterhandlung über das Fortbestehen oder die Erweiterung des Zollvereins nur unter der Voraussetzung stattfinde, daß dabei an den ökonomischen Grundsätzen des deutsch-französischen Handelsvertrages festgehalten, keine größeren nichtdeutschen Gebiete in den Zollverein aufgenommen, und eine zweckmäßige Organisation des Zollvereins mit einheitlicher Executive und gemeinsamer parlamentarischer Gesetzgebung nicht ferner hinausgeschoben wird. — Motive: Die österreichischen Propositionen, betreffend den Zollverein, und die Ablehnung des Handelsvertrages durch Baiern und Würtemberg." — Der Antrag kommt heute Abend in der Fractions-Versammlung des linken Centrums zur Berathung.

Deutschland.

Wiesbaden, 18. August. [Braun's Antrag auf Genehmigung des Handelsvertrages] ist heute in der zweiten Kammer mit allen gegen eine klerikale Stimme angenommen worden.

Oesterreich.

⪢ **Wien,** 18. August. [Aus dem Venetianischen.] Wie es scheint, glaubt unsere Regierung in Betreff Italiens ihrer Sache völlig sicher zu sein und mit Zuversicht auf die Aufrechterhaltung des

ungetrübten Friedens in der Nähe ihrer italienischen Grenzen rechnen zu dürfen. Die Verminderungen des Präsenzstandes der zweiten Armee werden noch immer fortgesetzt und dieser Tage sollen wieder zwei Regimenter aus dem eigentlichen Venetien nach den deutschen Provinzen, welche ebenfalls unter dem veroneser Commando stehen, zurück marschiren. Was in mehreren Journalen über die plötzliche Zurückberufung Benedek's aus Karlsbad und dessen beschleunigte Heimkehr nach Verona geschrieben wurde, war völlig aus der Luft gegriffen. Feldzeugmeister Benedek hat seine sechswöchentliche Kur in Karlsbad in der Weise, wie er bereits vor Monaten beschlossen hatte, vollendet und befindet sich gegenwärtig noch in den deutschen Provinzen seines Sprengels, die er langsam durchreist. Eben so wenig Glauben verdienen die Angaben über Anhäufung von italienischen Freischaaren an der südtyroler Grenze und über Vorsichtsmaßregeln, welche daselbst von unserer Regierung getroffen werden sollen. Diese Gerüchte werden gegenwärtig in der ganzen deutschen Presse einigen innsbrucker Zeitungen nachgedruckt, welche jedoch ihrerseits keine hierauf bezüglichen Originalberichte, sondern nur einen etwas verballhornten Nachdruck einer nichts weniger als glaubwürdigen wiener Zeitung gebracht hatten. Directe Berichte von den südtyrolischen Alpenpässen wissen nichts von Vorbereitungen zu einem Putsche; wohl erzählen sie aber, daß jenseits im Gebiet von Brescia und Bergamo, eine große Erbitterung gegen das Ministerium Ratazzi herrsche, Demonstrationen an der Tagesordnung seien und noch immer Freiwillige zu den Sammelplätzen der Garibaldianer an der tyrrhenischen Küste (Genua ist gesperrt) abgehen. — Im Venetianischen und an der triestinisch-istrischen Küste ist die Aufregung im Steigen und erwarten die Massen mit einer gewissen Zuversicht eine Aenderung der Dinge, ohne daß jedoch die äußerliche Ruhe im geringsten gestört würde. Die Einsichtsvolleren unter den Italianissimi sind hingegen viel weniger sanguinisch und sehen den Vorgängen auf Sicilien mit einem dumpfen Unmuthe zu. Sie wissen zu gut, daß ein garibaldianischer Handstreich gegen die Oesterreicher im Festungsvierecke nichts fruchten würde und daß selbst die italienische Armee allein einem derartigen Unternehmen nicht gewachsen wäre. Zugleich fühlen sie aber jetzt mehr als je, mit welcher Bande die französische Allianz, von der allein sie ihrerseits etwas hoffen können, Italien umschlingt, und in welchen Zwiespalt der Gefühle diese Bundesgenossenschaft ihre enthusiastische Bewunderung für Garibaldi und ihre Rechnung auf französische Hilfe versetzt.

Innsbruck, 11. Aug. [Aus dem Lande der Glaubenseinheit.] Gestern sollte in dem über 5000 Seelen zählenden Marktflecken Schwaz im Gemeinde-Ausschusse über die Aufnahme eines Protestanten in den Gemeindeverband berathen werden. Die Mehrheit des Ausschusses schien der Entscheidung der Frage im Sinne ultramontaner Intoleranz nicht günstig, trotzdem sich der Bürgermeister eifrigst bemüht hatte, in dieser Richtung Proselyten unter den Ausschußmitgliedern zu machen. Nicht verlegen in der Wahl der Mittel, wie jene gewisse Partei nun einmal ist, wurde daher von einer bekannten Person am Tage der Ausschußsitzung an den Plebs appellirt, und solcher nicht nur vor dem Rathhause in drohenden Massen zusammenberufen, sondern sogar auch in den Rathssaal und auf die Sitze der Ausschußmitglieder postirt, um durch Einschüchterung zu erzielen, was im Wege der Ueberredung nicht gelungen war. Trotz des drohendsten Unfugs, welchen das auserlesene Gesindel zur Freude seiner Schürer und Hetzer im Rathssaale und auf der Gasse trieb, blieb doch die Majorität des Ausschusses fest, worauf die Minorität den Sitzungssaal verließ, um die Versammlung wenigstens beschlußunfähig zu machen. Ein Mitglied der Minorität rief im Weggehen in heiliger Berserkerwuth dem versammelten Gassentrosse sogar zu: „Geht hinauf und henkt die Anderen, die droben sind." Eine nicht weniger gravirende Aeußerung von reichen Bundesgenossen, welche gern Geld zu einem Tumult schaffen wollten, soll die hervorragendste Persönlichkeit des Gemeinde-Ausschusses den Tag früher gethan haben. Nach langem Lärmen und Drohen, und ohne daß es der Gendarmerie gelang, einen der Hauptschreier zu arretiren, verlief sich der fromme Mob. Von der liberalen Majorität des Ausschusses wurde bereits Klage über den Vorgang eingereicht und Untersuchung begehrt. Man ist gespannt darauf, ob das Resultat derselben den Erwartungen und Bestimmungen des Strafgesetzes entspricht. Leute, die daran zweifeln, giebt es genug. Merkwürdig ist es immerhin, daß die Mehrzahl der Tumultuanten auch diesmal wieder aus in kaiserl. Dienste stehenden Knappen und Fabrikarbeitern bestand, so wie dieselben auch vor einem Jahre in Schwaz den Kern der Opposition gegen das Protestanten-Patent bildeten und das Hauptcontingent zu den dortigen Glaubens-Prozessionen lieferten. Stünde es ihren Vorgesetzten nicht zu, solchem Skandale ein- für allemal ein Ende zu machen? (Presse.)

Italien.

Auf Sizilien ist Garibaldi noch immer Herr der Situation, obgleich er keinen seiner bedeutendsten früheren Generale, welche noch die ruhigen Beobachter spielen, zur Seite hat. Der „Temps" bringt eine Correspondenz aus Turin, in der es heißt: „Die Aussicht, daß die Schaaren Garibaldi's aus Mangel und Langerweile endlich auseinandergehen würden, ist weder die allgemeine noch die richtige. Wenn, wie die ministeriellen Journale meldeten, die Insel vollkommen ruhig ist, so kommt dies nur daher, daß man bis jetzt Garibaldi noch nicht beunruhigt hat. An dem Tage des ersten Zusammenstoßes wird die ganze Insel unzweifelhaft mit ihm gegen die Regierung sich erheben. Bis jetzt ist der Vortheil noch auf Seite Garibaldi's, denn wenn auch sein Unternehmen scheitert, so hat er sich nichts vorzuwerfen, als zu viel auf die Mitwirkung des Landes gezählt zu haben; sein moralisches Ansehen bleibt unberührt. Das Ministerium hat sich dagegen durch den exceptionellen Charakter seiner anfänglichen Maßregeln und deren geringen Erfolg schwer compromittirt. Es wird sich wohl auch schließlich zu einer Transaction verstehen müssen." Die Lage würde aber mit Einem Schlage eine andere, wenn Ratazzi von Napoleon III. die Zusage erhielte, daß die Besatzung Roms nicht mehr in's Blaue hinein bleiben, sondern an einem bestimmten Tage zu Ende gehen werde. Die gesammte französische zurechnungsfähige Presse befürwortet diese Lösung, und daß Persigny gleichfalls in dieser Richtung arbeitet, zeigt die Erklärung des „Constitutionnel" und der „Patrie" gegen die Laguerronière'schen Phantasien über die römische Frage. Der „Constitutionnel" spricht es gradezu aus, daß die Diplomatie eine Transaction zu erwarten habe, denn „für uns, um es rund heraus zu erklären, ist die Besatzung in Rom immer nur eine vorübergehende Nothwendigkeit, die durch Verhältnisse herbeigeführt wurde, welche abgeändert werden müssen." Das „Journ. des Deb." zieht aus dieser Polemik zwischen „Constitutionnel", dessen Artikel auch das „Pays" abdruckt, und „La France" das Ergebniß: „So ist also das neue Blatt, das auf die gegenwärtige Schmerzenskrisis in Italien gezählt zu haben scheint, um die bisher in der Tasche verborgene Reactionsfahne zum Vorschein zu bringen und die unabsehbare Verlängerung der französischen Occupation zu verkündigen, von einer kategorischen Desavouirung, der man einen beinahe officiellen Charakter beilegen kann, betroffen worden. Wir beeilen uns, Akt von dieser Desavouirung zu nehmen, die unzweifelhaft in Italien wie in Frankreich den günstigsten Eindruck hervorbringen wird." Die Verhandlungen zwischen den Tuilerien und dem Foreign Office über die italienische Krisis werden mit großer Lebhaftigkeit geführt.

Die italienischen ministeriellen Blätter, welche bisher die römische Frage nur obenhin behandelten, entfalten seit einigen Tagen einen beispiellosen Eifer für die schleunige Lösung derselben. Der Garibaldische Ruf: „Rom oder Tod!" tritt hier, homöopathisch verdünnt, in langen Leitartikeln auf.

Heute liegt uns der Wortlaut der Rede vor, welche Garibaldi in Rocca-Palumba gehalten hat. Das exaltirteste Garibaldische Organ in Palermo, die „Campana della Ganzia" bringt diese Rede, und es bestätigt sich vollkommen, daß die Depesche, welche von der „Discussione" aus durch den Telegraphen in alle Welt verbreitet wurde, eine Fälschung in schönster Form war. Garibaldi hat nicht gesagt, daß er im schlimmsten Falle „Italien, das er gemacht, vernichten wolle." Seine Rede lautete nach der „Campana della Ganzia":

Mir gereicht diese Begeisterung zum Troste, denn was gut anfängt, endet gut. Ja, Rom oder den Tod! Bei diesem Worte bleibt es. (Sich dann an die Damen wendend, welche diesen Ruf lebhaft erhoben hatten, fuhr er fort:) Ja, und auch an Sie ergeht die Pflicht, an der National-Unabhängigkeit zu arbeiten. Statt zu weinen, statt die Ihrigen zu verhindern, an der National-Rache Theil zu nehmen, müssen Sie, gleich den Spartanerinnen, dieselben aufs Schlachtfeld treiben und, wenn sie säumig sind, sie jagen; denn wenn Sie dies nicht thun, so machen Sie, statt Söhne, nur Waschlappen aus ihnen. Besser todt, als Sklave zu sein! Denken Sie an 1849. Aus Mangel an Armen blieb der Bourbon in Messina, und er konnte seine frühere Stellung wieder einnehmen. Im Jahre 1860 hingegen sind wir, nachdem wir das Thier ergriffen, bis in dessen Höhle vorgedrungen, obgleich Napoleon uns daran verhindern wollte; und wenn England und einige andere befreundete Mächte nicht gewesen wären, so würde der Bourbon mit der turiner Regierung sich vereinbart haben, und es wäre hinterher wieder wie 1849 gegangen. Nicht zufrieden damit, daß dieser Mensch mir in der Cattolica und am Volturno Halt geboten, er verhindert mich auch, nach Rom zu rücken, welches das Ziel aller Sehnsucht bei der ganzen Nation ist. Aber wir werden doch hingehen, denn es giebt eine Solidarität unter allen unterdrückten Völkern. Auch das französische Volk, das unser Bruder ist, schmachtet unter dem Joche der Tyrannei. Aber wir werden ihm schon zu dienen wissen.

Belgien.

Brüssel, 17. Aug. [Die Nachrichten aus Paris] lauten durchaus nicht günstig. Man scheint in den Tuilerien sehr beunruhigt zu sein, und doch will es bisher der italienischen Regierung nicht gelingen, den Kaiser zu einem entscheidenden Schritte zu bestimmen. Die Gegner Italiens am französischen Hofe spannen im Gegentheil alle Segel auf, um einen Umschlag hervorzurufen. Der König, welchem Marquis Pepoli über die Dispositionen des Kaisers geschrieben, hat an diesen einen eigenhändigen Brief gerichtet, um neuerdings auf das Gefährliche seiner Lage aufmerksam zu machen. Ratazzi hat durch seinen Optimismus seiner Sache insofern geschadet, als Frankreich durch die Verheißungen des italienischen Conseils-Präsidenten ermuthigt, Ansprüche an diesen macht, die derselbe nicht zu erfüllen im Stande sein wird. Es ist aber ganz unrichtig, was sich die „Independance" aus Paris schreiben läßt, daß nämlich der Kaiser in Turin das Verlangen gestellt, Garibaldi möge aus der Reihe der italienischen Generale gestrichen werden. — Aus Pesth habe ich einen Brief gelesen, der von einer der dortigen hervorragenden Persönlichkeiten herrührt und worin auf das Bestimmteste versichert wird, daß alle bisherigen Unterhandlungen und Versöhnungspläne ohne Erfolg bleiben werden; das Land hält fest an der Grundlage von 1848, und so lange die österreichische Regierung sich nicht zur Anerkennung der Constitution von 1848 versteht, wird die ungarische Nation sich nicht bekehren lassen. (K. Z.)

Breslau, 20. August. [Diebstähle.] Gestohlen wurde: aus einem auf der Scheitniger-Straße belegenen Kaffeelokal ein Kästchen mit drei Thaler Inhalt.

Verloren wurde: ein goldenes Gliederarmband.

Gefunden wurden: ein Geldtäschchen mit circa 23 Silbergr. Inhalt; ein Schlüssel; eine silberne Haarnadel; ein schwarzer Tuchrock, in dessen Taschen sich ein weißes Schnupftuch, gezeichnet C. K. 7, und eine Haarbürste befanden.

[Unglücksfall.] Am 1sten d., Vormittags, erfaßte ein Omnibus auf der Schweidnitzer-Straße, einen mit zwei Kühen bespannten Bretterwagen und schleifte solchen eine kurze Strecke mit sich fort. In Folge dessen wurden die Kühe wild und gelang es sich derselben erst dann wieder zu bemächtigen, nachdem die Führerin des Fuhrwerks, ein dreiundzwanzigjähriges Mädchen, so wie ein dreizehn Jahr alter Bruder desselben, erhebliche Beschädigungen erlitten hatten.

[Bettelei.] Im Laufe letztverflossener Woche sind hierorts 7 Personen durch Polizei-Beamte wegen Betteln aufgegriffen und zur Haft gebracht worden. (Pol.-Bl.)

Breslauer Sternwarte.

19. Aug. 10 U. Abds.	27 7,00	+12,2	N. 0.	Heiter.
20. Aug. 6 U. Morg.	27 7,76	+9,8	NW. 1.	Nebel.

Wasserstand.

Breslau, 20. Aug. Oberpegel: 14 F. 5 Z. Unterpegel: 1 F. 1 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 19. Aug., Nachm. 3 Uhr. Auch heute war die Börse still und die Course fast unverändert. Die Rente eröffnete zu 68, 95, fiel auf 68, 90, hob sich auf 69 und schloß fest zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93 3/8 eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 68, 95. 4 1/2proz. Rente 98, 40. 3proz. Spanier 48. 1proz. Spanier 44 3/8. Silber-Anl. —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 482. Credit-mobilier-Aktien 853. Lomb. Eisenbahn-Aktien 604. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 19. August, Nachm. 3 Uhr. Silber 61 3/8. — Schönes Wetter. — Consols 93 3/8. 1proz. Spanier 44 3/8. Mexikaner 28 7/8. Sardinier 83. 5proz. Russen 96. Neue Russen 93. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 8 Sch. Wien 13 Fl. — Kr.

Wien, 19. August, Mitt. 12 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung. 5proz. Metall. 70, 25. 4 1/2proz. Metall. 62, —. Bank-Aktien 786. Nordbahn 194, 10. 1854er Loose 89, 50. National-Anleihe 82, 30. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 244, — Creditaktien 207, 60. London 128, 25. Hamburg 95, 25. Paris 50, 60. Gold —, —. Silber , —. Böhmische Westbahn 157, 75. Lombardische Eisenbahn 282, —. Neue Loose 129, 80. 1860er Loose 90, —.

Frankfurt a. M., 19. August. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung bei steigender Tendenz in österreich. Effekten. Vollbezahlte neue Russen 90 3/8. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 137. Wiener Wechsel 92 3/8. Darmstädter Bankaktien 218. Darmst. Zettelbank 249 1/2. 5proz. Metall. 54. 4 1/2proz. Metall. 47. 1854er Loose 69. Oesterreich. National-Anl. 63 3/4. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 228 Oesterr. Bank-Antheile 727. Oesterr. Credit-Aktien 190 1/2. Neueste österr. Anleihe 71. Oesterr. Elisabet-Bahn 119. Rhein-Nahe-Bahn 30 3/4. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 130 1/8.

Hamburg, 19. August, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Feste Stimmung. Schluß-Course: National-Anleihe 63 3/4. Oesterr. Credit-Aktien 80 1/2 Vereinsbank 102. Nordd. Bank 98 1/4. Rheinische 96. Nordbahn 64. Disconto 2 3/4. Wien 97, 75. Petersburg 30 1/2.

Hamburg, 19. August [Getreidemarkt.] Weizen loco belebt, etwas höher, ab auswärts höher gehalten. Roggen loco fest, ab Ostsee unverändert. Oel begehrt, Oktbr. 29 3/8, pr. Mai 28 1/4. Kaffee fest, nur Consumgeschäft. Zink stille.

Liverpool, 19. August. [Baumwolle.] 22,000 Ballen Umsatz. — Preise steigend. Middling Orleans 23.

Berlin, 19. August. Die Börse war heute bei weitem ruhiger, in manchen Effecten namentlich in vielen schweren Eisenbahnactien, ließ sich die gestrige Lebhaftigkeit vermissen, nur in einigen wenigen trat sie unvermindert auf; andererseits waren heute Speculationspapiere, österr. Credit besonders und die leichten Eisenbahnactien mehr im Vordergrunde. So läßt sich denn die Börse zwar somit in mancher Hinsicht, wenigstens in Betreff derjenigen Papiere, in welchen sich eine Reaction gegen die gestrige Hausse geltend machte, als matter bezeichnen, im Allgemeinen aber behauptete sie sich dennoch fest und viele Effecten bedangen selbst höhere Course. Die schon erwähnten leichten Bahnen hatten selbst eine sehr entschiedene Haussebewegung, die jedoch gegen den Schluß der Börse stockte. Für Geld bleibt 3% Disconto. (B.- u. H.-Z.)

Berlin, 19. Aug. Weizen loco 65—79 Thlr. nach Qualität, bunter polnischer 76 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco eine Ladung 80pfd. 51 Thlr. bez., August 50—50 3/4 Thlr. bez., August-Septbr. 50—50 3/4 Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 50 1/8—7/8 Thlr. bez. und Br., 3/4 Thlr. Oktbr.-Novbr. 49 1/4—3/4 Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 48 3/4—49 Thlr. bez. und Gld., 49 1/4 Thlr. Br., Frühjahr 47 3/4—48 1/4—48 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 37—42 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 25—27 Thlr., feiner gelber und weißer schles. 26—1/2 Thlr. bez., Lieferung pr. Aug. 25 3/4 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., Aug.-Septbr. 25 1/2 Thlr. Br., 1/4 Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 25 Thlr. bez. und Gld, 1/4 Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 24 1/2 Thlr. bez., Nov.-Dezbr. 24 1/4 Thlr. bez., Frühjahr 24 1/4—3/8 Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 48—56 Thlr. — Winterraps 98—104 Thlr. — Winterrübsen loco feiner 102 1/2 Thlr. pr. 1800 Pfd. bez. — Rüböl loco 14 7/12 Thlr. Br., Aug. 14 3/8 Thlr. bez., Aug.-Septbr. 14 1/3 Thlr. Br., 1/4 Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 14 1/4—7/24—1/4 Thlr. bez., Br. und Gld., Oktbr.-Novbr. 14 5/24—1/4 Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 14 1/6 Thlr. bez., April-Mai 14 1/6 Thlr. Br., 1/12 Thlr. Gld. — Leinöl loco 14 1/6 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19 5/12 Tlhlr. bez.

Berliner Börse vom 19. August 1862.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	102 5/8 B.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4 1/2	100 B.
dito 54, 55, 56, 57	4 1/2	102 3/4 bz.
dito 1853	4	99 3/4 bz.
dito 1859	5	107 7/8 G.
Staats-Schuld-Sch. ...	3 1/2	90 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3 1/2	124 3/4 bz.
Berliner Stadt-Obl. ..	4 1/2	103 3/8 bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3 1/2	93 1/8 bz.
Pfandbriefe: dito dito	4	101 7/8 bz.
Pfandbriefe: Pommersche	3 1/2	91 3/4 bz.
Pfandbriefe: dito neue	4	101 1/8 bz.
Pfandbriefe: Posensche	4	104 3/4 G.
Pfandbriefe: dito	3 1/2	99 G.
Pfandbriefe: dito neue	4	99 3/8 B.
Pfandbriefe: Schlesische.......	3 1/2	95 G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	100 1/4 B.
Rentenbriefe: Pommersche	4	99 7/8 G.
Rentenbriefe: Posensche	4	99 3/4 bz.
Rentenbriefe: Preussische	4	99 7/8 bz.
Rentenbriefe: Westf. u. Rhein..	4	99 3/4 bz.
Rentenbriefe: Sächsische	4	100 1/4 bz.
Rentenbriefe: Schlesische.......	4	100 1/4 G.
Louisdor..................	—	109 7/8 bz.
Goldkronen	—	9. 6 1/2 G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	55 1/4 G.
dito 54r Pr.-Anl....	4	71 1/2 bz.
dito neue 100 fl.-L.	—	68 1/2 B.
dito Nat.-Anleihe ..	5	64 7/8 bz.
dito Bankn. n. Whr.		79 1/8 bz
Russ.-engl. Anleihe ..	5	94 G.
dito 5. Anleihe	5	87 G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	84 1/8 bz.u.B
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	87 3/4 bz.u.G.
Poln. Obl. à 500 Fl..	4	93 B.
dito à 300 Fl..	5	94 1/2 B.
dito à 200 Fl..	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	87 7/8 bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57 1/4 G.
Baden 35 Fl.	—	32 B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld...	3 1/2	3 1/2	89 1/2 B.
Aach.-Mastricht.	3 1/2	4	32 G.
Amst.-Rotterdam	5 1/6	4	91 bz.
Berg.-Märkische	6 1/2	4	111 1/2 bz.
Berlin.Anhalter	8 1/4	4	138 bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	120 1/4 bz.u.G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	214 3/4 bz.
Berlin-Stettiner .	7 1/12	4	129 bz.
Breslau-Freibrg.	6 7/8	4	132 bz.
Cöln-Mindener ..	12 1/4	3 1/2	181 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/10	5	127 1/4 à 1/2 bz.u.G.
Ludw.-Bexbach .	8	4	137 bz.
Magd.-Halberst. .	22 1/2	4	320 1/2 G.
Magd.-Wittenbrg.	1 1/6	4	44 1/4 B.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	128 1/2 à 7/8 bz.
Mecklenburger ..	2 7/8	4	61A.et .à61 3/4 à 1/2 bz.
Münster-Hammer	4	4	98 B.
Neisse-Brieger ..	3 1/2	4	81 1/2 G.
Niederschles.....	4	4	99 1/4 B.
N.-Schl. Zweigb.	1 1/2	4	77 bz
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	65 à 65 1/4 bz.u.G.
dito Prior	—	4 1/2	— — —
Oberschles. A...	7 9/10	3 1/2	166 bz.
Oberschles. B...	7 9/10	3 1/2	144 bz.
dito C...	7 9/10	3 1/2	166 bz.
dito Prior A...	—	4	— — —
dito Prior B...	—	3 1/2	— — —
dito Prior C...	—	4	— — —
dito Prior D..	—	4	96 5/8 G.
dito Prior E...	—	3 1/2	85 3/8 B.
dito Prior F...	—	4 1/2	101 3/4 bz.
Oppeln-Tarnow.	5/8	4	50 1/2 bz.
Prinz-W. (St.-V.)	1/2	4	59 bz.
Rheinische	5	4	97 bz
dito (St.) Pr...	—	4	102 bz.
dito Prior	—	4	— — —
dito III. Em...	—	4 1/2	99 1/2 bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	28 1/2 bz.
Ruhrort-Crefeld .	3 11/12	3 1/2	91 3/4 G.
Starg.-Posener ..	4	3 1/2	107 bz.
Thüringer	6 2/3	4	126 1/2 etw. bz.
Wilhelms-Bahn .	—	4	57 1/2 à 58 1/4 bz.
dito Prior	—	4	92 B.
dito III. Em..	—	4 1/2	— — —
dito Prior St.	—	4 1/2	92 1/4 G.
dito dito	—	5	94 1/2 bz.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein .	5 11/12	4	114 3/4 G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	94 bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	80 1/4 G.
Bremer „	5 3/4	4	104 3/4 B.
Coburg. Credit A	3	4	76 3/4 G.
Darmst. Zettel-B.	8 1/2	4	99 G.
Darmst. Credb.A.	5	4	87 1/2 B.
Dess. Creditb. A.	—	4	4 etw. bz.u.G.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	96 1/4 bz.u.G.
Genf. Creditb. A.	—	4	43 7/8 etw. à 3/4 bz.
Geraer Bank ...	5 3/4	4	94 bz.
Hamb.Nord.Bank	5	4	97 G.
„ Ver.-Bank	5 5/12	4	101 1/2 G.
Hannov. „	4 1/2	4	99 1/2 G.
Leipziger „	3	4	77 3/8 G.
Luxembrg. „	10	4	100 G.
Magd. Priv. „	4 4/5	4	90 1/2 G.
Mein. Creditb. A.	6	4	92 bz.
Minerva Bgwk.A.	—	5	34 1/2 etw. à 35 bz.
Oester.Creditb.A.	7 3/4	5	80 3/4 à 81 bz u.G.
Pos. Prov.-Bank	5 11/12	4	99 bz.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/10	4 1/2	122 bz.
Schl. Bank-Ver.	6	4	96 7/8 etw. bz.
Thüringer Bank	2 5/8	4	60 B.
Weimar. Bank..	4	4	83 1/2 etw. bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10T.	143 5/8 bz.
dito	2 M.	142 3/4 bz.
Hamburg............	8 T.	151 5/8 bz.
dito	2 M.	150 3/4 bz.
London	3 M.	6. 22 1/8 bz.
Paris..............	2 M.	80 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	78 3/4 bz.
dito..............	2 M.	78 bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 bz.
Leipzig	8 T.	99 5/8 G.
dito	2 M.	99 5/12 bz.
Frankfurt a. M......	2 M.	56. 28 B.
Petersburg	3 W.	97 1/2 b. 3 M. 96 3/4 b.
Warschau............	8 T.	87 5/8 bz.
Bremen	8 T.	110 bz.

Stettin, 19. Aug. [Produkten-Bericht von Joseph Neisser.] Weizen anfangs höher bezahlt, schließt matter, am Landmarkt 72—82 Thlr. nach Qual. bez., loco pr. 85pfd. gelber neuer schles. 80—81 1/2 Thlr. bez., weißbunter polnischer 81—82 Thlr. bez., bunter dito 78—79 1/2 Thlr. gelber galiz. 77—78 Thlr. bez., (angemeldet 100 Wspl.), 83—85pfd. gelber pr. Aug. 82 1/2—82 1/4 Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 79 1/4 Thlr. bez., Oktbr.-Novbr. 77 1/4—77 Thlr. bez., Frühj. 77 Thlr. bez. — Roggen gut behauptet, am Landmarkt 46—51 Thlr. nach Qual. bez., loco pr. 77pfd. 49—49 1/2 Thlr. bez., geringer 48 1/4 Thlr. bez., 77pfd. pr. August 49—49 1/4 Thlr. bez. und Br. 2000 Pfd., Septbr.-Oktbr. 49 1/4 Thlr. bez. und Gld., Frühjahr 46 1/2 Thlr. Gld. — Gerste am Landmarkt 36—42 Thlr. nach Qual. bez., loco pr. 70pfd. 39 3/4 Thlr. bez., schles. pr. Conn. 42 Thlr. bez., galiz. 39 Thlr. bez. — Hafer am Landmarkt 26—28 Thlr. nach Qual. bez., loco pr. 50pfd neuer 28—28 1/2 Thlr. bez., alter 29 Thlr. bez., 47—50pfd. pr. Frühj. 26 Thlr. bez. und Br. — Erbsen am Landmarkt 48—52 Thlr. nach Qual. bez. — Rüböl höher bez., loco 14 1/3 Thlr. Br., August dito, Septbr.-Oktbr. 14 1/4 Thlr. bez., Oktbr.-Novbr. 14 1/6 Thlr. bez. — Leinöl loco mit Faß 14 1/2 Thlr. Br., 14 1/6 Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 13 5/6 Thlr. bez. — Spiritus anfangs höher bezahlt, schließt ruhiger, loco ohne Faß 19 2/3 Thlr. nominell, August 19 1/4—1/3 Thlr. bez. und Gld., Aug.-Sept. 19 Thlr. Gld., 19 1/6 Thlr. Br., Septbr.-Oktbr. 18 1/2 Thlr. bez. und Br., Oktbr.-Novbr. 17 2/3 Thlr. bez. und Br., 7/12 Thlr. Gld., Frühjahr 17 1/2 Thlr. bez. und Br.

Breslau, 20. August. Wind: West. Wetter: Nebel. Thermometer Früh 9° Wärme. Wir haben vom heutigen Markte keine Preisveränderung zu berichten, nur

Weizen fand bei höherer Forderung mehr Beachtung; pr. 85pfd. weißer 75—91 Sgr., gelber 75—89 Sgr., neuer gelber 80—86 Sgr. — Roggen fest; pr. 84pfd. 54—56—59 Sgr., feinster kaum 60 Sgr. — Gerste beachtet; pr. 70pfd. weiße 42 1/2—43 1/2 Sgr., gelbe feinste Sorten bis 44 Sgr. bez. — Hafer preishaltend; pr. 50pfd. schlesischer 26—27 Sgr. — Erbsen und Wicken ohne Beachtung. — Rapskuchen 53—54 Sgr. — Oelsaaten unverändert fest, feinste Sorten einige Silbergroschen über Notiz bezahlt. — Schlaglein wenig angeboten.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen........	75—83—91	Erbsen	47—52—55
Gelber Weizen	75—83—89		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Neuer gelber Weizen ...	78—83—86	Schlag-Leinsaat	180—200—215
Roggen	54—57—60	Winter-Raps.......	200—226—238
Gerste...............	41—43—46	Winter-Rübsen	200—220—230
Hafer	24—27—30	Sommer-Rübsen	190—205—220

Kleesaat wenig Geschäft, rothe 8—10—11 3/4—14 Thlr., weiße 9 bis 11 1/2—14 1/2—16 1/2 Thlr., neue 14—17 1/2 Thlr., hochfeine bis 19 Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—22 Sgr., Metze 3/4—1 1/4 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl fest, pr. Ctr. loco und Termine 14 Thlr. Br. Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 18 1/6 Thlr. Geld, nahe Termine 17 11/12 Thlr.

Posen, 19. August. Wetter: trübe. Roggen: fest. Gek. — Wispel. Loco per d. Monat 43 5/12 bez., 1/2 Br., August-September 43 1/6 Gld., September-Oktober 43 5/12 Gld., 1/4 Br., October-November 42 2/3 bez., 3/4 Br., November-Dezember 42 1/4 Gld., Dezember-Januar do.

Spiritus: höher. Gek. 9000 Qrt. Loco per d. Monat 18 17/24—3/4 bez. u. Br., September 18 1/2 bez. u. Gld., Oktober 17 17/24 bez., 3/4 Br., November 16 11/12 bez. u. Gld., 17 Br., Dezember do., Januar 1863 do.

Hartwig Kantorowicz Söhne.

Telegraphische Depesche.

Ragusa, 19. Aug. Gestern wurde auf den Fürsten von Montenegro von einem seiner Begleiter geschossen; er wurde leicht verwundet. Der Thäter ist ergriffen. Der Fürst ist geneigt, auf Grund der von Omer Pascha gestellten Bedingungen zu unterhandeln. Die Türken sind noch immer in Zabliak; es finden fortwährend entscheidungslose Kämpfe statt. (Angekommen 10 Uhr 25 Min. Vorm.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.